

**Öffentliche Sitzung**  
des Gemeinderats  
am Mittwoch, den 29.11.2023  
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron ab 16:15 Uhr.

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

ab 16:30 Uhr.

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck  
 Herr Stadtrat Gerhard Bucher  
 Frau Stadträtin Sigrid Heusel  
 Herr Stadtrat Alessandro Lieb  
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab  
 Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker  
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk  
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis  
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz  
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

ab 16:30 Uhr.

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin  
 Frau Stadträtin Nadine Molinari  
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
 Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele  
 Herr Stadtrat Benedikt Disam  
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski  
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

ab 17:00 Uhr.

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr  
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**stellvertretender Ortsvorsteher**

Herr stellv. Ortsvorsteher Stefan Struzyna

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt  
 Herr René Bantel  
 Herr Helmuth Caesar  
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst  
 Herr Franz Geberth  
 Herr Jonas Grill  
 Herr Alexander Groll  
 Herr Ralph Häcker  
 Herr Gerhard Hackner  
 Herr Gerd Hägele  
 Herr Markus Herrmann  
 Herr Dr. Niklas Konzen  
 Herr Jürgen Musch  
 Frau Vera Nimführ  
 Herr Helmut Ott  
 Herr Matthias Pflüger  
 Herr Celestino Piazza  
 Herr Dieter Popp  
 Herr Thomas Ringel  
 Herr Michael Schaumann  
 Herr Uwe Schubert  
 Fräulein Stefanie Schwarz

**Schriftführer**

Herr Richard Neiszer

**Abwesend:****sozial.ökologisch.links.**

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Karin Rauscher

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1**    Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplan 2024/2025
- 2**    Hallenbad
- 3**    Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Querschnittsbudget Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2023
- 4**    Übertragung der Aufgabe der internen Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz auf das Rechnungsprüfungsamt
- 5**    Abschluss eines Vertrages zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen  
- Annahme des Angebots der Windpark Lauterstein GmbH & Co. KG
- 6**    Domus Judaeorum, Imhofstraße 9  
Baubeschluss Bauabschnitt 1  
Planung, Ausschreibung und Bauleitung sowie eine statische Ertüchtigung der Außenwände.
- 7**    Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen, Flur Unterbettringen  
- Entwurfsbeschluss
- 8**    Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)  
- Anpassung der Entwässerungs- und Entsorgungsgebühren ab 01.01.2024
- 9**    Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 10**    Bekanntgaben
- 10.1**    Besichtigung Stauferklinikum
- 10.2**    Kita-Betreuung
- 11**    Anfragen
- 11.1**    Interview RTL

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## **zu 1        Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplan 2024/2025**

### **Protokoll:**

Die Fraktionen tragen Ihre Stellungnahmen der Reihe nach vor, beginnend mit der CDU, folgend Bündnis 90/ Die Grünen, SPD.

Pause/Sitzungsunterbrechung von 17:40 Uhr bis 17:50 Uhr.

S.Ö.L., FW/Frauen, Die Bürgerliste, FDP/FW.

Nachdem alle Fraktionen des Gemeinderats ihre Stellungnahmen zum Haushaltsplan 2024/2025 vorgetragen haben, verweist Oberbürgermeister Richard Arnold darauf, dass die Beschlussfassung plangemäß am 20.12.2023 im Gemeinderat erfolgen soll.

Pause/Sitzungsunterbrechung von 19:25 bis 19:35 Uhr.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 2        Hallenbad Vorlage: 179/2023/2**

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Richard Arnold verweist zu Beginn auf die Beratungen und Gespräche der letzten Wochen, die Besichtigung des Hallenbads und des Freibads sowie auf die Hinweise, die heute auch in den Stellungnahmen gefallen sind.

Bürgermeister Baron resümiert, dass durch die intensiven Beratungen und Diskussionen in den vergangenen Wochen nun eine Linie gefunden wurde, auf die man sich weitestgehend für das weitere Vorgehen einigen konnte.

Bei der Besichtigung des möglichen Standorts im Schießtal wurden verschiedene Versionen durchdiskutiert. Der heutige Beschlussantrag wurde in der Anlage nochmals verbessert bzw. ergänzt.

Neben dem vorgebrachten Vorschlag eines Standorts zwischen den Schwimmbecken des Freibads und dem See, soll nun eine zweite Standortvariante bzw. Option, mit einer Gebäudeausrichtung längs zur Richard-Bullinger-Straße näher betrachtet werden.

Der Planer soll daher damit beauftragt werden, das Gebäude einmal längs und einmal quer zur Richard-Bullinger-Straße zu planen. Um hier Planungsfehler zu vermeiden, soll der Planer möglichst viele Freiheiten für die Anordnung und die Entwurfsvarianten erhalten. Er verweist hierzu auf den dargestellten Lageplan.

Oberbürgermeister Arnold konkretisiert, die dargestellte schraffierte Fläche rücke nun näher in den Fokus für die Platzierung des Gebäudes. Die Liegewiese für den Standort sei unattraktiv, da hierdurch nicht nur Liegeflächen, sondern auch einige Bäume wegfallen würden. Es müsse versucht werden, möglichst viele Synergieeffekte zu erzielen, die in diesem schraffierten Bereich am vielversprechendsten sein dürften.

Stadtrat Bläse/CDU dankt für die bisherigen Gespräche und vergangenen Diskussionen.

Es mache Sinn, dem Planer nun gewisse Freiheiten für die Entwurfsvarianten zu geben, um möglichst viele Synergien zu bekommen. Für diese Planungen sind jedoch auch stets die Betriebskosten und der Abmangel zu berücksichtigen, der reduziert werden soll.

Es wäre in Ordnung, wenn das Baufenster des neuen Hallenbads teilweise in den See ragt. Für die Fraktion stehe fest, dass eine Sanierung des bestehenden Hallenbads nicht möglich sei, da dies länger dauern und mehr kosten würde. Das erzielte Ergebnis wäre so wesentlich schlechter als bei einem Neubau.

Den Beschlussanträgen Ziffer 2 und 3 könne zugestimmt werden. Durch die zwei Planungsvarianten erhalte man auch Zahlen, anhand derer letztlich eine faktenbasierte Entscheidung herbeigeführt werden könne. Dies wird vermutlich Aufgabe des neu gewählten Gemeinderats im nächsten Jahr sein.

Dem Beschlussantrag der Verwaltung könne so zugestimmt werden wie in der Vorlage dargelegt.

Stadtrat Krieg/Bündnis 90/ Die Grünen verweist auf die letzte Sitzung des VAV KUEBA, in der als Referenz das Aquatoll-Bad in Neckarsulm vorgestellt wurde. Es handle sich hier um ein Sportbad mit acht Bahnen á 50 Meter, durch Trennwand halbiert, Hubboden, Sprungturm, ohne Sauna und ohne Restaurant, ebenfalls angegliedert an ein Freibad.

Die Kosten beliefen sich hier auf 33 Mio. EUR. Dieses vergleichbare Projekt könne mit diesen Summen auf absehbare Zeit nicht gestemmt werden. Weder Stadt, Stadtwerke noch die Bäderbetriebe verfügten über dieses Geld. Es sei mehr als fragwürdig, 250.000 EUR für die Planung eines Projekts, das man nicht finanzieren könne, aufzuwenden.

Es bleibe auch die Frage, was mit dem bestehenden Hallenbad bis zu einem Neubau geschehe, denn die nächsten acht bis zehn Jahre müsse dieses noch durchhalten. Im kommenden Haushalt seien 600.000 EUR für Sanierungsarbeiten eingeplant. Dies sei viel Geld für Flickschusterei, die den maroden Zustand nicht ändern würde.

Ein weiteres Argument gegen einen Neubau sei die prognostizierte Abmangelentwicklung, die selbst bei der Umsetzung der kleinen Lösung mit 25 m Becken, Lehrschwimmbecken, Gaststätte und Sauna trotz Einsparungen bei Personal jedes Jahr 110.000 EUR höher liege als beim bestehenden Hallenbad.

Durch eine sinnvolle Teilsanierung, wie es Stadtrat Miller letzte Woche dargelegt habe, würde durch massive Einsparungen beim Energieaufwand der Abmangel sinken.

Da eine Teilsanierung gerne mit dem Argument, dies löse ja eigentlich eine Komplett-sanierung aus, abgelehnt werde, bestehe er dann auch auf Vorlage der sorgfältig gerechneten Kosten hierfür. Die CO-2-Bilanz von Abriss und Neubau gegenüber Sanierung sei ein weiteres wesentliches Argument, den Neubau abzulehnen. Die Fraktion werde diesem Antrag heute nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erklärt, dass eine Sanierung des Hallenbads für die Fraktion nicht in Frage komme. Sauna und Gastronomie im Neubau werden als Gewinn für das Bud-Spencer-Bad gesehen. Die SPD begrüße den Antrag, zwei Prüfaufträge, jeweils für eine 25 Meter und 50 Meter Bahn zu vergeben.

Wichtig seien die bereits genannten Hinweise der Stadträte Bläse und Krieg zu den Betriebskosten. Die Kosten beider Varianten müssten ganz klar auf den Tisch. Dies sei ein wichtiges Kriterium für die Entscheidung der Fraktion. Wenn die genaue Größe und Ausstattung des Bades vorliegt, könne der genaue Standort im Freibad betrachtet werden. Auch hier verlasse man sich hinsichtlich möglicher Synergien auf den Rat der Experten.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. erklärt, dass auch für seine Fraktion nach der Besichtigung des Hallenbads nur noch ein Neubau in Frage komme.

Dem Vorschlag des Stadtrats Bläse, dem Planer möglichst viele Freiheiten bei der Planung der beiden Varianten zu lassen, könne zugestimmt werden. So können belastbare Zahlen vorgelegt werden, die eine solide Grundlage für eine spätere Entscheidung über die genaue Umsetzungsvariante bilden.

Vor wenigen Jahren hat sich der Gemeinderat gegen den Bau eines ÖPP-Bades ausgesprochen. Diese Entscheidung habe es ermöglicht, nun ein attraktives Bad in kommunaler Hand zu bekommen. Es sei gut, dass der Gemeinderat die Anträge der Verwaltung kritisch überprüft. Seine Fraktion werde mehrheitlich zustimmen.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler/Frauen findet es gut, dass durch diesen Beschluss erstmals deutlich gemacht werden kann, wie viel die beiden Varianten letztendlich Kosten würden. Zu den Ausführungen von Stadtrat Krieg müsse angemerkt werden, dass die Betriebskosten auch bei einer Sanierung des bestehenden Hallenbades steigen würden, nicht nur bei einem Neubau. Das Neckarsulmer Bad hat vor zehn Jahren als es gebaut wurde 15 Mio. EUR gekostet und würde vermutlich heute 33 Mio. EUR kosten.

Bei der nun vorzunehmenden Planung wäre es gut, wenn das Bad auch noch weiter in den See hineinrage, um die Familienliegiewiese weitestgehend zu erhalten.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bekräftigt, den Neubau zu realisieren.

Durch die Vermarktung des derzeitigen Hallenbads erhoffe man sich entsprechende Erlöse, die der Finanzierung des neuen Hallenbades zugutekommen sollen.

Man folge dem Verwaltungsvorschlag mit 25 m Bahn, Sauna und Gastronomie. Eine Sauna sei unabdingbar, auch für die Daseinsvorsorge. Man wundere sich, warum ein Standort entlang der Richard-Bullinger-Straße oder auf der Liegiewiese nicht weiter untersucht werde, und ob die Beauftragung von nun zwei Planungsvarianten zu Mehrkosten führe.

Oberbürgermeister Arnold entgegnet, dass die Balken im dargestellten Lageplan Schraffierungen seien. Ob das Bad nun drei Meter, vier Meter, mehr oder weniger in den See hineinrage, werde man dann in den Planvarianten sehen. Es handelt sich bei

den Schraffierungen um den zu untersuchenden Bereich. Wie das Gebäude letztlich angeordnet werden könne, werden die Varianten zeigen. Die zwei Optionen die geplant werden sollen sind die 25 Meter, aber auch die 50 Meter Variante mit Hubböden. Es werden nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Betriebskosten berücksichtigt.

Stadtrat Vatheuer/FDP/FW verweist auf seine Haushaltsrede und stimmt dem Beschlussantrag zu. Der Planer solle maximale Freiräume erhalten, um die Synergien optimal auszunutzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen fassen die Mitglieder mehrheitlich folgenden

### **Beschluss:**

1. Die Generalsanierung des Gmünder Hallenbades in der Goethestraße wird nicht weiterverfolgt.
2. Der Gemeinderat stimmt der Planung eines Ersatzneubaus am Standort Bud Spencer Bad zu.
- 3.1. Die Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH erteilen einen Planungsauftrag (Leistungsphase I – II HOAI) für den Neubau eines Bades in den Varianten:  
  
6 x 25 m-Becken, mit einem oder zwei Lehrschwimmbecken  
6 x 50 m-Becken mit zwei Hubböden und zwei Hubwänden (siehe Anlage 1)  
  
Beide Beckenvarianten sollen optional mit einen Tiefwasserbereich von 3,40 Metern geplant werden.
- 3.2. Der Planungsauftrag wird für zwei Standortvarianten entlang dem Schießtalsee (Variante 1 in Anlage 2) sowie entlang der Richard-Bullinger-Straße (Variante 2 in Anlage 2) erteilt.
- 3.3. Der Planungsauftrag beinhaltet jeweils ein Bad mit einem Gastronomie- und einen Saunabereich.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, Stadtwerke

nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Querschnittsbudget Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2023  
Vorlage: 193/2023/1**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei einer Enthaltung fassen die Mitglieder mehrheitlich nachfolgenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat genehmigt überplanmäßige Aufwendungen im Querschnittsbudget Personalaufwendungen in Höhe von 2.013.100 Euro für das Haushaltsjahr 2023 nach § 84 Abs. 1 S. 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Übertragung der Aufgabe der internen Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz auf das Rechnungsprüfungsamt  
Vorlage: 196/2023**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt auf Grundlage des § 112 Abs. 2 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd, die interne Meldestelle nach den §§ 12 ff. Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd einschließlich der Eigenbetriebe und der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd beim Rechnungsprüfungsamt einzurichten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2, 14  
nachrichtlich an Amt:

- zu 5      Abschluss eines Vertrages zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen  
- Annahme des Angebots der Windpark Lauterstein GmbH & Co. KG  
Vorlage: 199/2023**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines Vertrages zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen und der Annahme der Zuwendung der Windpark Lauterstein GmbH & Co. KG zu.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 20  
nachrichtlich an Amt:

- zu 6      Domus Judaeorum, Imhofstraße 9  
Baubeschluss Bauabschnitt 1  
Planung, Ausschreibung und Bauleitung sowie eine statische Ertüchtigung der Außenwände.  
Vorlage: 205/2023**

**Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU gibt bekannt, dass dieser TOP sehr intensive Diskussionen und zum Teil Unmut und Unzufriedenheit ausgelöst habe. Dieses Thema wurde im letzten Bauausschuss ausführlich vorgestellt. Es handele sich hier um ein Gebäude aus dem 12. Jahrhundert. Jeder der sich im Bau auskenne wisse, dass so ein Bauwerk nicht von heute auf morgen baufällig werde. Heute stehe man nun vor der Entscheidung 830.000 EUR für die Notsicherung des Gebäudes zu beschließen. Tue man dies nicht, würde das Gebäude verfallen, die Verkehrssicherung bleibe und man müsste das Gebäude abbrechen. Dies sei eine schlechte Basis für die Beschlusslage.

Hier verstehe man auch kritische Stimmen die sagen, es läge sicherlich seit längerer Zeit etwas im Argen. Die Fraktion werde hier nicht geschlossen abstimmen, sondern sehr differenziert. Man sei sich jedoch grundsätzlich einig, dass hier weitere zukünftige Investitionen bei der aktuellen Haushaltslage nicht zur Debatte stehen könnten. Man habe andere kommunale Prioritäten und müsse die Pflichtaufgaben und die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Man schiebe Hallensanierungen, die Bauhofentscheidung oder die Feuerwehren auf, wobei diese Dinge ganz

klar höhere Priorität hätten. Gleichwohl hätte auch seine Fraktion die Synagoge gerne saniert, vielleicht auch einmal als Weltkulturerbe, doch es wird sicherlich möglich sein, die Gelder auch über andere Wege zu organisieren.

Oberbürgermeister Arnold versteht die Stellungnahme als Auftrag an die Verwaltung, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und zu generieren. Dank der Bundestagsabgeordneten lägen mündliche Zusagen vor, hier weitere Gelder aufzutreiben. Auch das Land Baden-Württemberg und die Denkmalstiftung beteiligen sich hier. Die bauliche Sicherung werde maßgeblich von außen mitgetragen, auch angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. Jetzt gehe es um den ersten Schritt mit der Sicherung und man sei zuversichtlich, dass die weiteren mit Hilfe von außen gelingen würden.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt, mit dem Domus Judaeorum habe man in unserer Stadt einen großartigen kulturhistorischen Schatz von nationaler und europäischer Bedeutung, vielleicht auch eines Tages als Welterbe.

Für ihre Fraktion stehe es außer Frage dieses Juwel dem Verfall preiszugeben.

Den Ausführungen folgend gehe man davon aus, dass die beantragten Fördermittel in Höhe von 61 Prozent bewilligt werden. Der Investition der verbleibenden 320.000 EUR wie in der Vorlage erwähnt, stimme man zu. Jedoch wolle man eine fundierte Prognose wie es kosten- und zeittechnisch mit diesem Projekt weitergehe und welche Möglichkeiten es gibt auf private Fördergeber zuzugehen. Ebenso solle eine Konzeption für eine mögliche Nutzung erarbeitet werden.

Die Fraktion werde aufgrund der Bedeutung des Domus Judaeorum den Prozess weiterhin wohlwollend begleiten.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die Bürgerschaft sich durch die Gründung eines Vereins mit institutionellen Vertreterinnen und Vertretern einbringe. Eine weitere Beteiligung erfolge über den Förderkreis jüdische Kultur, der sich gebildet hat. Es handelt sich also nicht um ein alleiniges städtisches Projekt. Die Bürgerschaft ist hier fest verankert.

Stadtrat Schwab/SPD berichtet, dass in seiner Fraktion gesondert beraten wurde.

Die Jüdische Synagoge sei von unschätzbarem Wert für unsere Stadt. Dieses Symbol für die Geschichte jüdischen Lebens in Schwäbisch Gmünd müsse daher gesichert und zugänglich gemacht werden. Man habe ein Kulturdenkmal von nationaler, vielleicht auch weltweiter Bedeutung. In Zeiten zunehmenden Antisemitismus sei dieses Projekt sehr bedeutend. Seine Fraktion unterstütze dieses Projekt auf jeden Fall. Man wünsche sich wie die Grünen die Entwicklung eines Orts interreligiösen Dialogs. Dem städtischen Anteil, der abzgl. Fördermittel 320.000 EUR betrage, werde zugestimmt. Man verlasse sich auf die Expertise von Herrn Caesar, dass die statischen Sicherungsarbeiten jetzt durchgeführt werden müssten, um die historische Bausubstanz zu erhalten.

Die weiteren Bauabschnitte müssten unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden. Angesichts der mittelfristigen Finanzplanung sehe man den weiteren Ausbau der Synagoge in den nächsten Jahren nicht. Man stimme auch Stadtrat Vatheuer zu, weitere Drittmittel für dieses Projekt zu gewinnen.

Stadtrat Prof. Benk/s.ö.l. erläutert, dass mit letzter Sicherheit wohl noch nicht feststehe, ob es sich tatsächlich um eine frühere Synagoge handle oder nicht.

Man müsse für die Öffentlichkeit ein nachvollziehbares Symposium stattfinden lassen, um diese Frage zu klären. Doch selbst wenn es sich nur zu 60 Prozent um eine Synagoge handle, könne man das Gebäude nicht dem Verfall überlassen. Wichtig sei ihm, gesetzt dem Fall die Fördermittel würden nicht bewilligt werden, nochmals das weitere Vorgehen zu beraten. Auch er stimme Stadtrat Dr. Vatheuer zu, für dieses Projekt Drittmittel zu generieren.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler/Frauen erklärt, auch ihre Fraktion sei uneins wegen den hohen Kosten. Man trage die Kosten der statischen Sicherung nun mit, doch stimme man auch Herrn Stadtrat Bläse zu, weitere zukünftige Kosten und Investitionen auszuschließen. Dies müsse konsequent verfolgt werden.

Sie merkt an, dass auch das Landesdenkmalamt nicht verlässlich sagen könne, ob es sich tatsächlich um eine Synagoge gehandelt habe oder nicht. Man wisse, dass es einem Rabbiner gehört habe, aber mehr nicht. Bei dem Dachstuhl handle es sich um den ältesten Dachstuhl der Stadt Gmünd. Dieser Dachstuhl sei nicht vereinbar mit einem sogenannten Treppengiebel. Dieser müsste irgendwann davor eingebaut worden sein.

Sie könne sich nicht vorstellen, wie das gehen soll. Nichtsdestotrotz handle es sich um ein altes Haus. Aufgrund dieser Unklarheiten wisse man noch nicht, wie man abstimmen solle. Aber wenn man zustimme, müsse klar sein, dass dieser Dachstuhl erhalten werden müsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erklärt, dem Erhalt des Gebäudes zuzustimmen. Man Bitte allerdings um eine Perspektive, wie es nach der Sicherung weitergehe und welcher zeitliche Druck herrsche.

Abseits dieses Themas möchte er auf das Mahnmal am Kroatensteg verweisen. Hierbei handle es sich um eine Treppe die ins nichts führt und durch eine Glas-scheibe gesichert ist. Bei der Einweihung habe man damals beschlossen in diese Glas-scheibe die Silhouette der ehemaligen Synagoge bei der Kreissparkasse einzufräsen.

Oberbürgermeister Arnold nimmt die Anmerkung des Stadtrats Dombrowski gerne auf.

1924 wurde der Bau der neuen Synagoge begonnen. Zu diesem 100-jährigen Jubiläum wäre dies ggf. ein geeigneter Anlass.

Stadtrat Vatheuer/FDP/FW äußert, dass klar sein müsse ob es sich um eine Synagoge handle oder nicht. Wenn hier Zweifel bestehen, sollte dies zunächst geklärt werden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es sich definitiv um ein Kulturdenkmal handle. Im Laufe der Zeit wird hierzu sicherlich mehr herauskommen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bittet um eine kurze Darstellung durch Archivar Dr. Konzen in einer zukünftigen Sitzung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass sich doch herausgestellt habe, dass es sich um ein Gebäude von außerordentlicher Wertigkeit aus dem 13 Jahrhundert handle. Man wisse, dass es sich um ein jüdisches Haus handelt. Man müsse doch daran interessiert sein, dieses Haus zu erhalten. Sie könne hierfür nur werben, auch mit Blick auf den zunehmenden Antisemitismus.

Oberbürgermeister Arnold verweist darauf, dass Schwäbisch Gmünd eine der wenigen Städte ist, die noch mittelalterliches Judenviertel haben. In diesem Viertel stehen viele authentische Gebäude. Das Domus Judaeorum ist hiervon das authentischste. Das setzt uns in eine gewisse Verantwortung, vor allem wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung betrachten. Vielleicht werde man noch dankbar sein, dass man dieses Gebäude für die Zukunft gesichert habe.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen fassen die Mitglieder mehrheitlich nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Dem Bauabschnitt 1 mit Planung, Ausschreibung, Bauleitung sowie die statische Ertüchtigung der Außenwände beim Domus Judaeorum mit Gesamtbaukosten in Höhe von 830.000,00€/brutto wird vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium Stuttgart zugestimmt.
2. Mit der Umsetzung des Bauabschnitts 1 wird erst begonnen, wenn die beantragten Fördermittel in Höhe von ca. 61% für die Maßnahme bewilligt sind. Sollte die Förderung nicht bewilligt werden, ist das Projekt in den zuständigen städtischen Gremien neu zu behandeln.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen, Flur Unterbettringen**  
**- Entwurfsbeschluss**  
**Vorlage: 212/2023**

### **Protokoll:**

Ohne Aussprache.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei einer Enthaltung fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen

wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.

2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 234 F II „Goldmorgen, 2. Änderung“ werden entsprechend der Anlage 1 und 2 im Entwurf beschlossen.
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 8      Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)  
und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)  
- Anpassung der Entwässerungs- und Entsorgungsgebühren ab 01.01.2024  
Vorlage: 204/2023**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

1. Die als Anlage 3.1 bis 3.4 beigefügten Gebührenkalkulationen werden bestätigt. Den dazugehörigen Berechnungsgrundlagen gemäß der Anlagen 1 bis 4 sowie den weiteren Ausführungen in dieser GR-Drucksache wird zugestimmt.
2. Die als Anlage 6 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) wird beschlossen. Die Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
3. Die als Anlage 7 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung) wird beschlossen. Die Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 9      Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 218/2023**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 10      Bekanntgaben**

**zu 10.1    Besichtigung Stauferklinikum**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt Bekannt, dass im Anschluss an die Sitzung 06.12. im Anschluss Sitzungen des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses und des Verwaltungsausschusses am 06.12.2023 eine Besichtigung der Stauferklinik geplant sei. Man sei hierfür auf 19 Uhr angemeldet. Eine Teilnahme der Stadträte sei wichtig, um Informationen aus erster Hand zu erlangen. Eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat von Mutlangen ist voraussichtlich Mitte Januar 2024 vorgesehen.

**zu 10.2    Kita-Betreuung**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold verweist auf die derzeitige Berichterstattung zur Kita-Betreuung in Bund und Land. Schwäbisch Gmünd habe hier seine Hausaufgaben gemacht. Für 2024/2025 können im U3 Bereich lediglich 40 Bedarfe nicht gedeckt werden, wobei noch nicht klar ist, ob diese Eltern tatsächlich die Betreuung bzw. den Bedarf in Anspruch nehmen wollen.

Im Ü3 Bereich habe man 100 freie Plätze. Diese werden jedoch benötigt für Zuzüge, KiGa-Wechsel usw.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 11      Anfragen**

### **zu 11.1    Interview RTL**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Schwab/SPD verweist auf die Anfrage in der letzten Sitzung, die sich auf das Interview mit dem RTL und der afghanischen Familie bezog. Hier habe er noch keine Antwort.

Oberbürgermeister Arnold sichert eine baldige Antwort zu.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Richard Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: